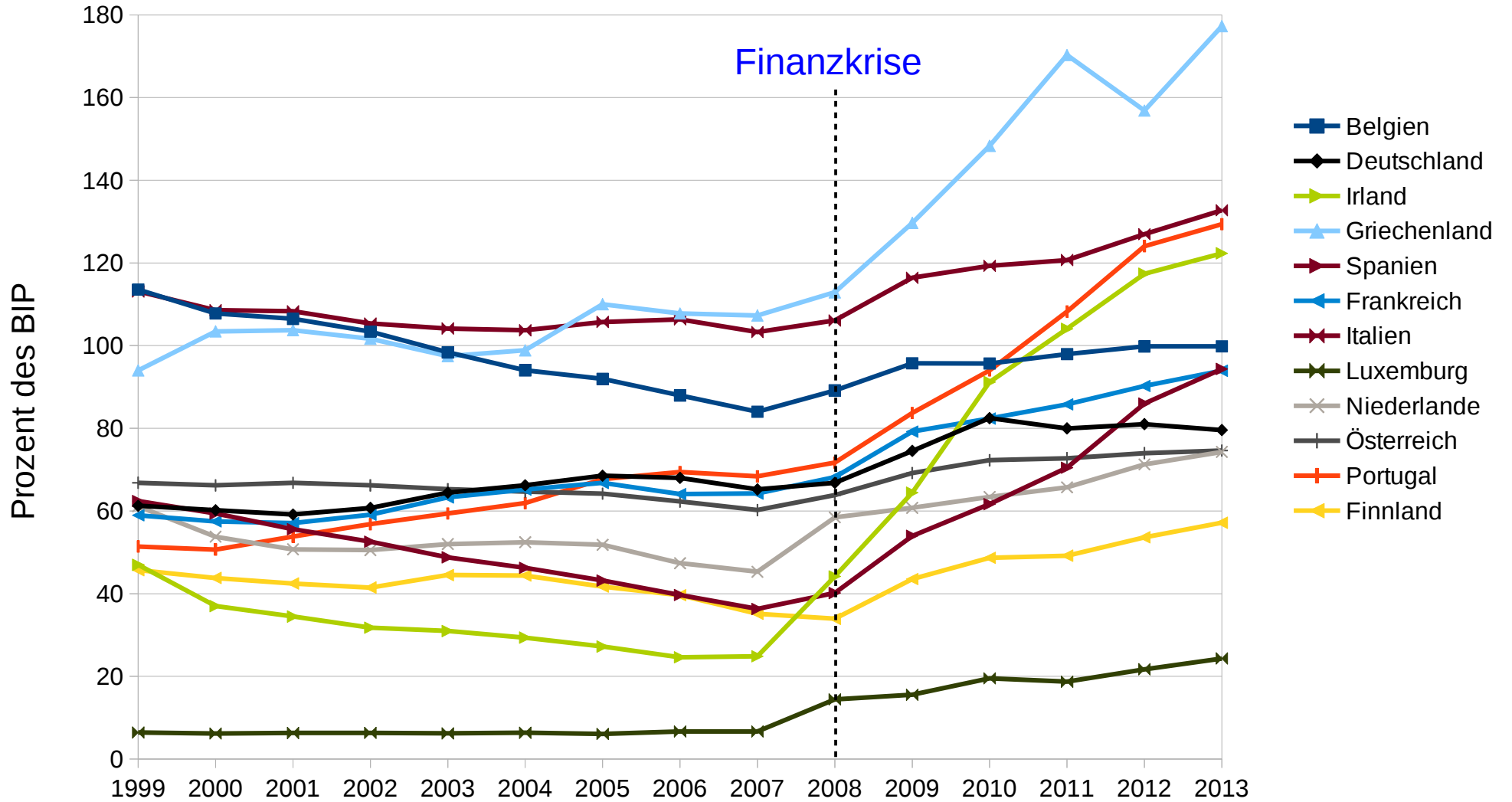


# **Die „silent revolution“ in Zeiten der Eurokrise**

**Juli 2015**

Referent: Jascha Jaworski  
Maskenfall.de

# Staatsverschuldung (brutto) in Eurozone 12

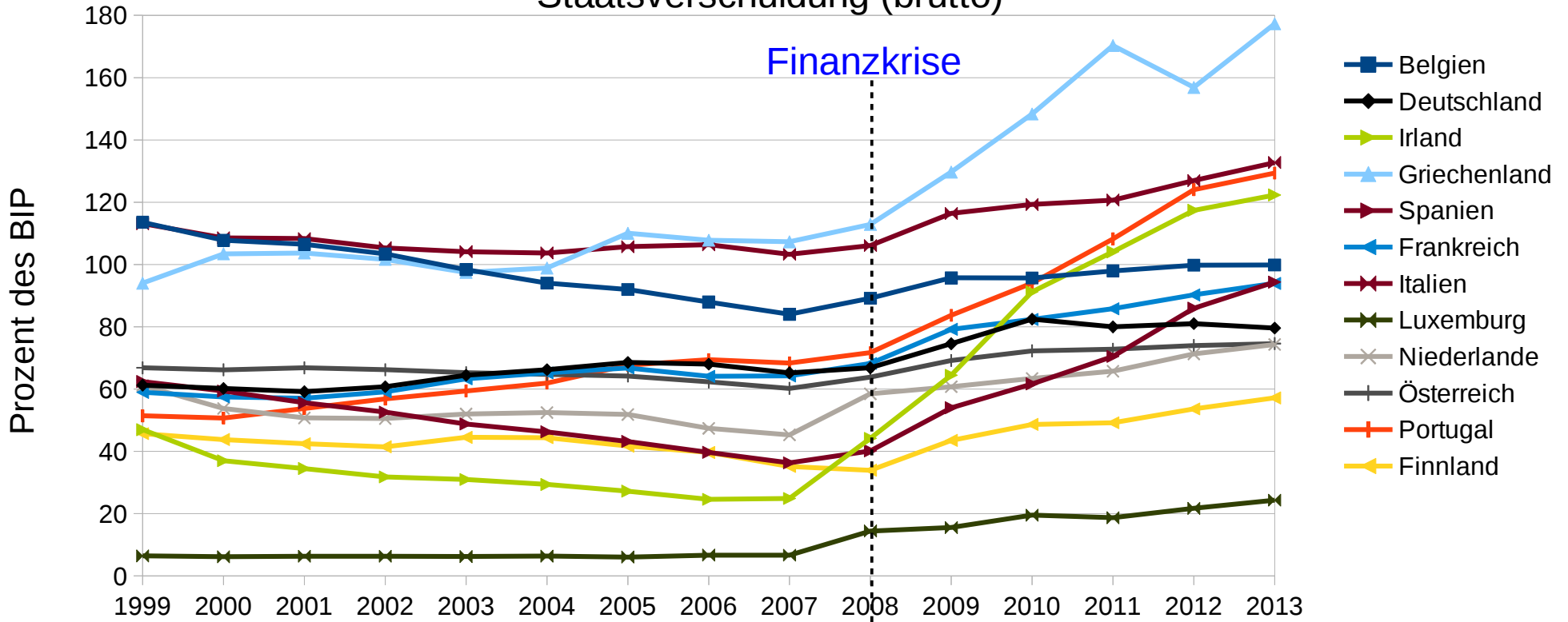




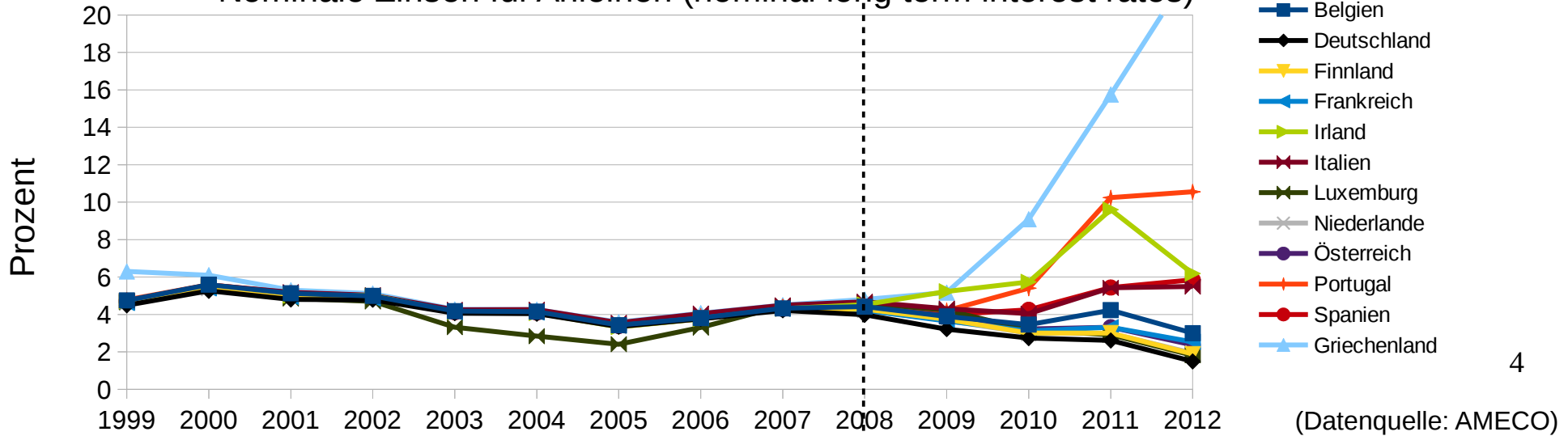
## Wegen HRE: Pleitebank brockt Rettungsfonds Milliardenverlust ein

SPIEGEL ONLINE - 21.05.2010

### Staatsverschuldung (brutto)



### Nominale Zinsen für Anleihen (nominal long term interest rates)



## Einige neoliberale „Besonderheiten“ der Eurozonenkonstruktion von Anbeginn

- gemeinsamer Binnenmarkt
- eine Währung
- nationale Strukturen zu Steuer, Lohn/Arbeitsrechten, Sozialem
  - => Konkurrenzraum bei mangelnden Schutzstrukturen (Gefahr des „Wettbewerbs der Nationen“)
- EZB:
  - \* „unabhängig“
    - => von wem genau?
  - \* allein auf Preisstabilität verpflichtet
  - \* keine Staatsfinanzierung
- enge fiskalpolitische Vorgaben (3%-Regel, 60%-Regel)
- keine Transfermechanismen zwischen Regionen
- keine gemeinsame Instanz zur Wirtschaftsstabilisierung

# Einige neoliberale „Besonderheiten“ der Eurozonenkonstruktion von Anbeginn

## Berenberg Bank, Juli 2012:

*„Der politische Aufbau der Eurozone ist einmalig geeignet um angebotsseitige Reformen und solide fiskalische Politik voranzutreiben. In der Eurozone gibt es keine einfachen Wege, dem Marktdruck zu entkommen.*

*– Ebenso wie in einer Nation benötigen die Schwachen die Solidarität der Starken. Aber anders als in einer Nation, wählen die Schwachen nicht in den gleichen Wahlen wie die Starken. Im Ergebnis kann Deutschland viel härtere Bedingungen über Spanien verhängen als London es gegenüber Glasgow könnte.*

*– Probleme werden in der Eurozone nicht durch große weiche interne Transfers überdeckt. Stattdessen müssen sie in harter Weise durch ernsthafte Reformen angepackt werden.*

*– Eine einzigartig unabhängige Zentralbank.*

*(1) Eine Zentralbank – 17 Finanzminister: das macht gemütliches Frühstück schwierig.*

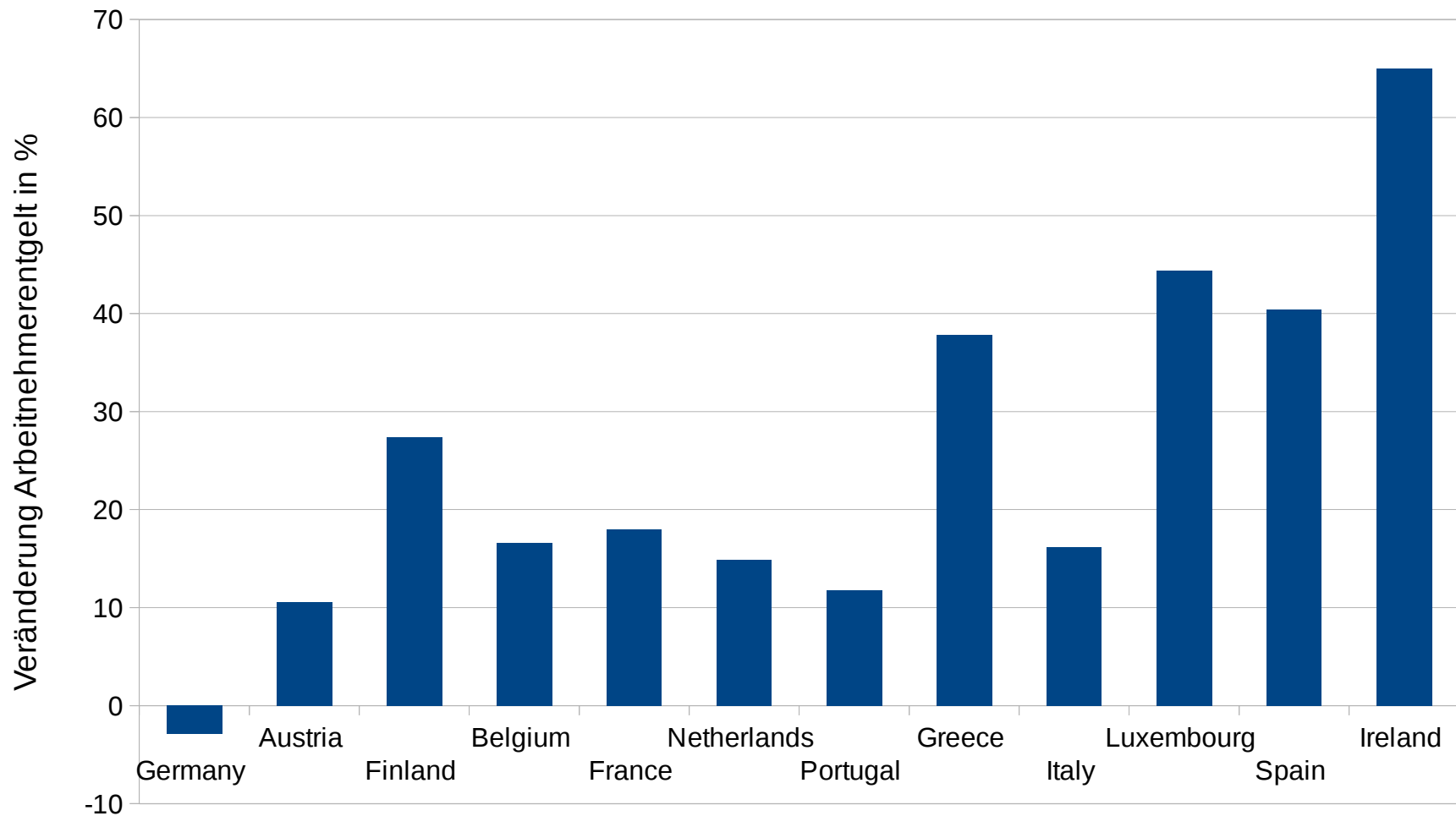
*(2) Bundesbankpolitik = kompromisslose Zentralbanker, die einen unverhältnismäßigen Einfluss ausüben.*

*Die Starken können „Nein“ sagen. Unterstützung kommt durch Kredit, nicht durch direkte Transfers. Er ist hochgradig konditional. Merkel und die EZB waren enttäuscht über Berlusconi. Das Resultat: Monti kommt.“*

# Lohnentwicklung ab Euroeinführung...

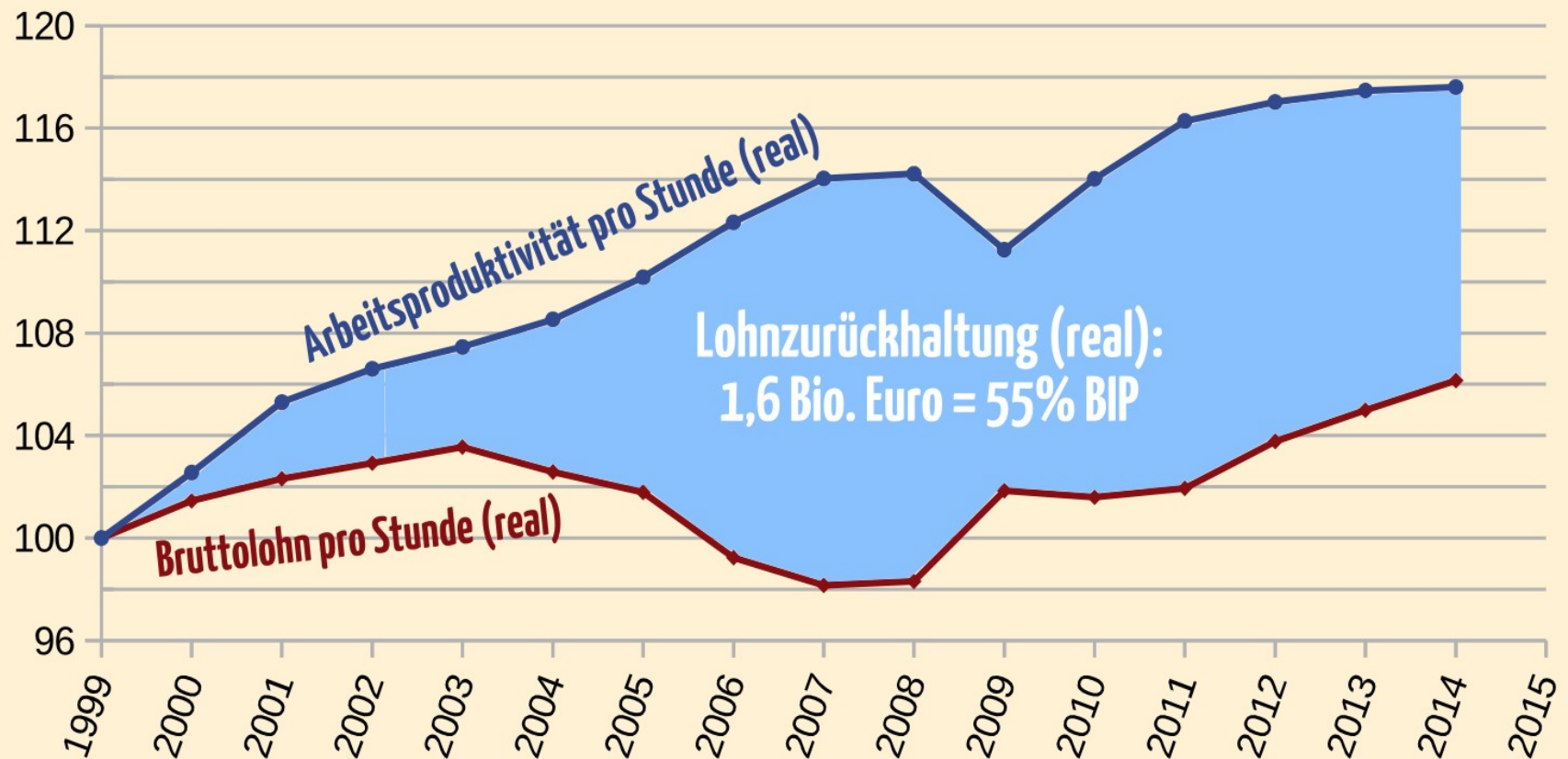
## Entwicklung Arbeitnehmerentgelt (real, Eurozone 12)

1999 bis 2007



## Die aufsummierte Lohnlücke...

### Entwicklung von Produktivität und Löhnen in der BRD (1999 = 100)



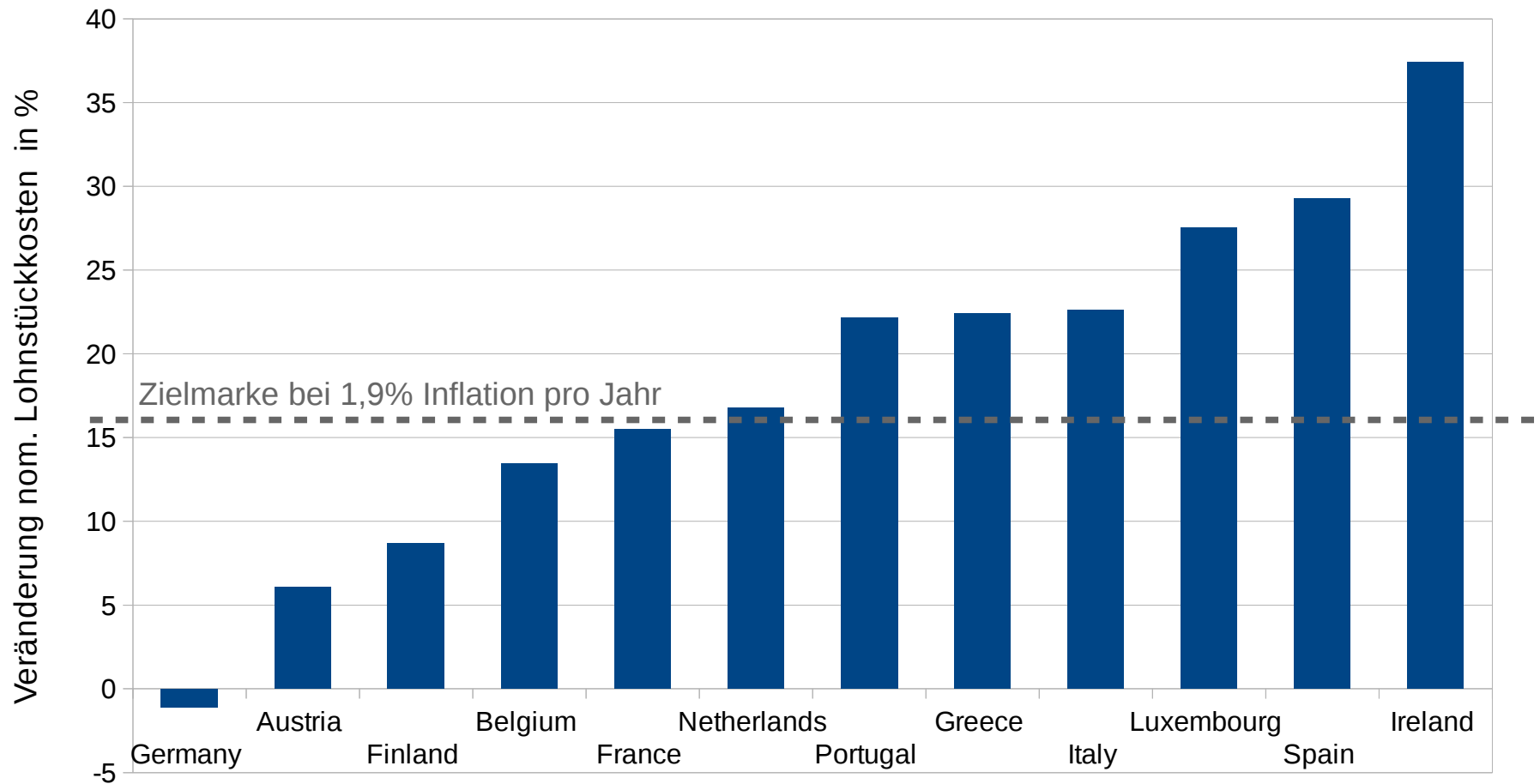
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung (7/2015)



# Lohnentwicklung ab Euroeinführung...

## Entwicklung nominale Lohnstückkosten (Eurozone 12)

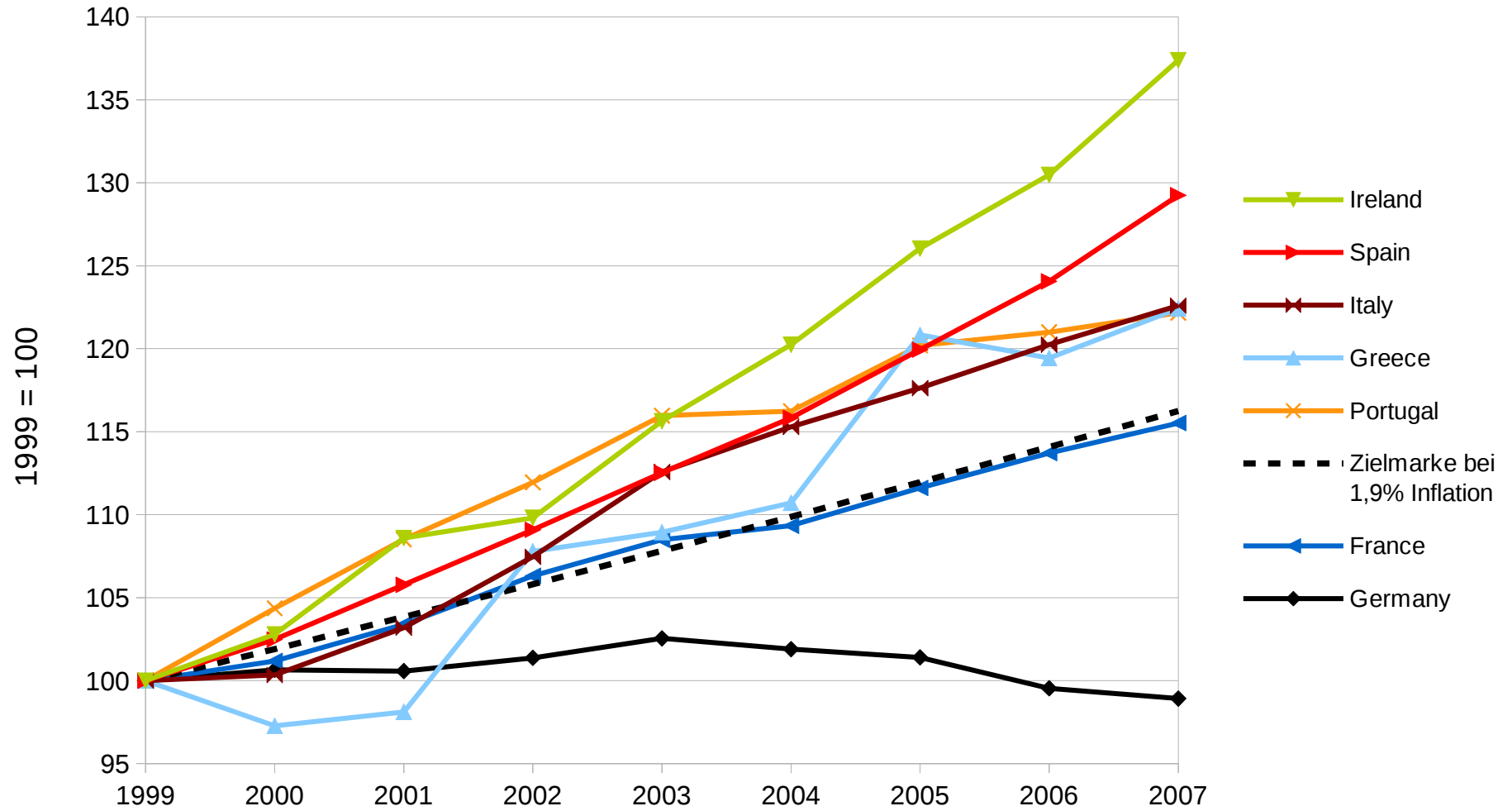
1999 bis 2007



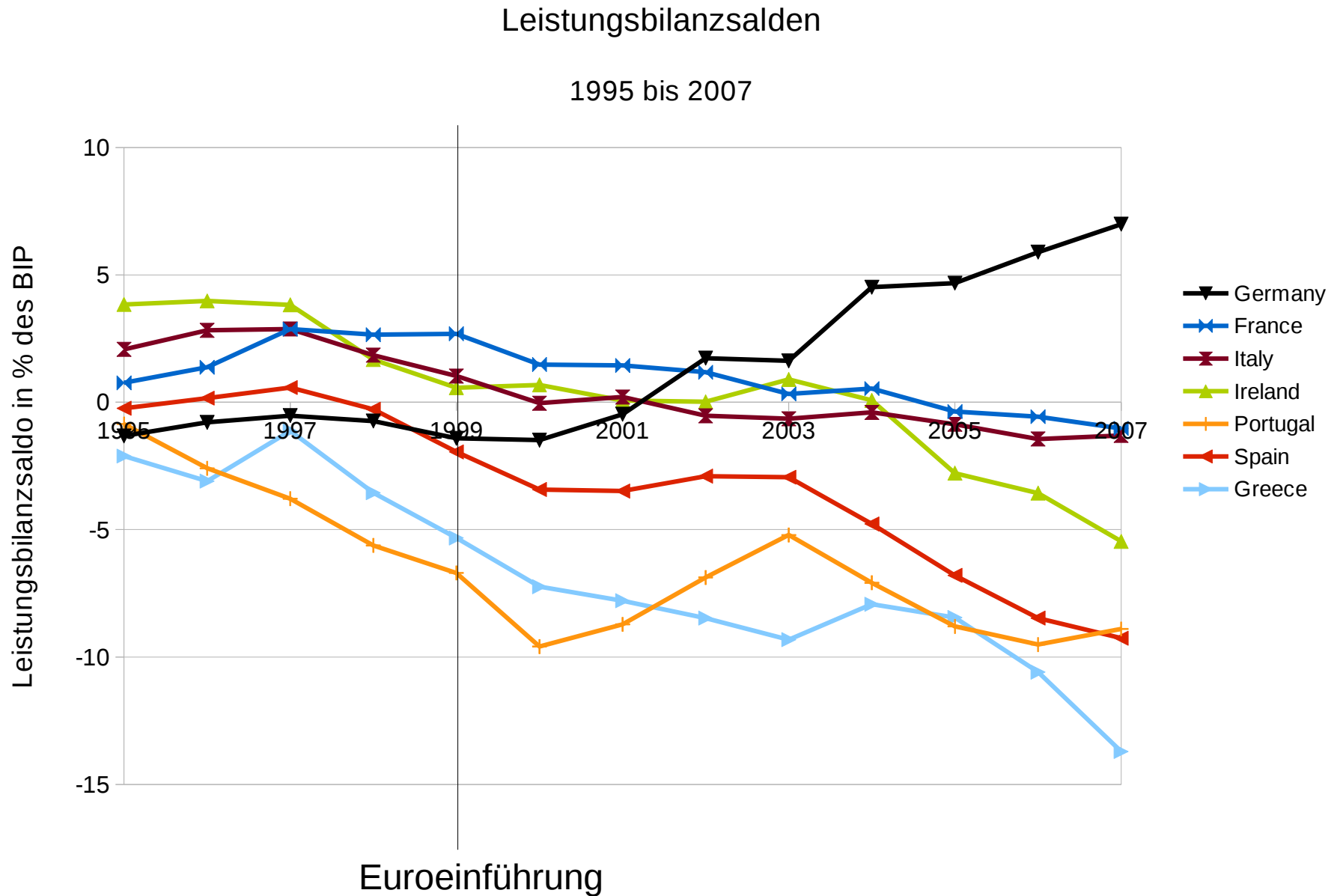
# Lohnentwicklung ab Euroeinführung...

## Entwicklung nominale Lohnstückkosten

1999 bis 2007



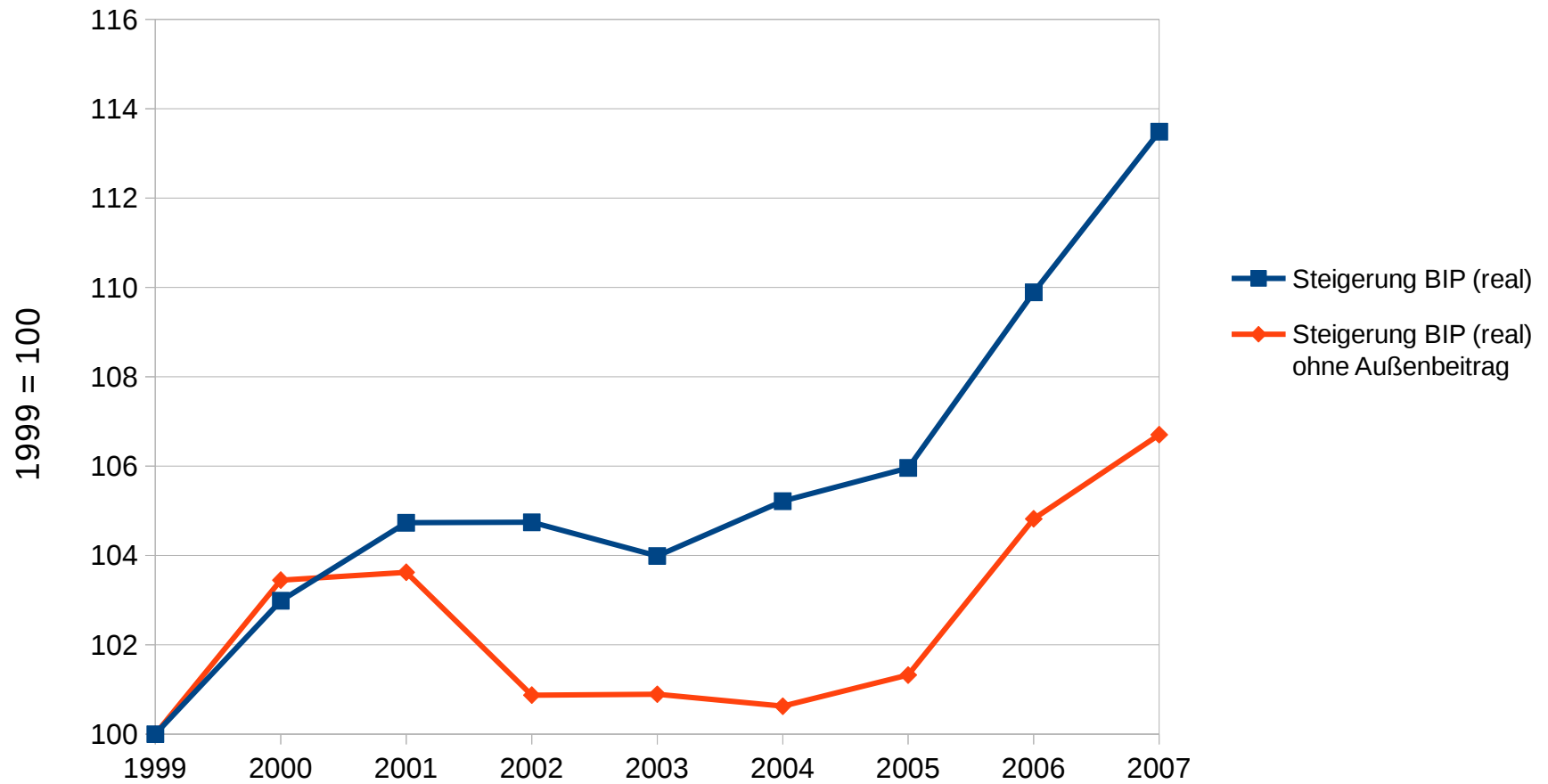
# Aufkommen starker Ungleichgewichte im Außenhandel...



# BIP-Wachstum mit und ohne Auslandsnachfrage...

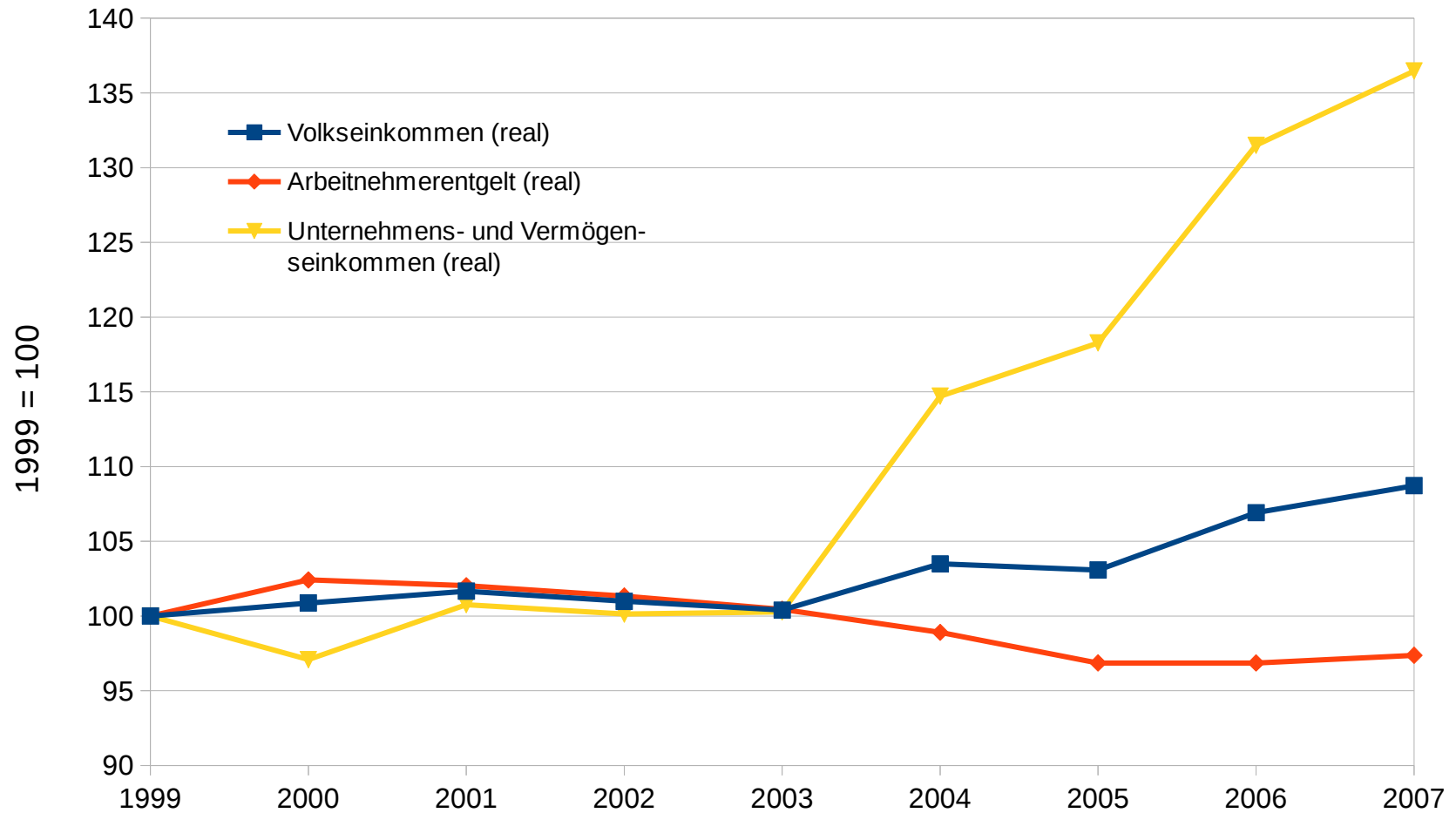
## Entwicklung BIP in Deutschland

1999 bis 2007

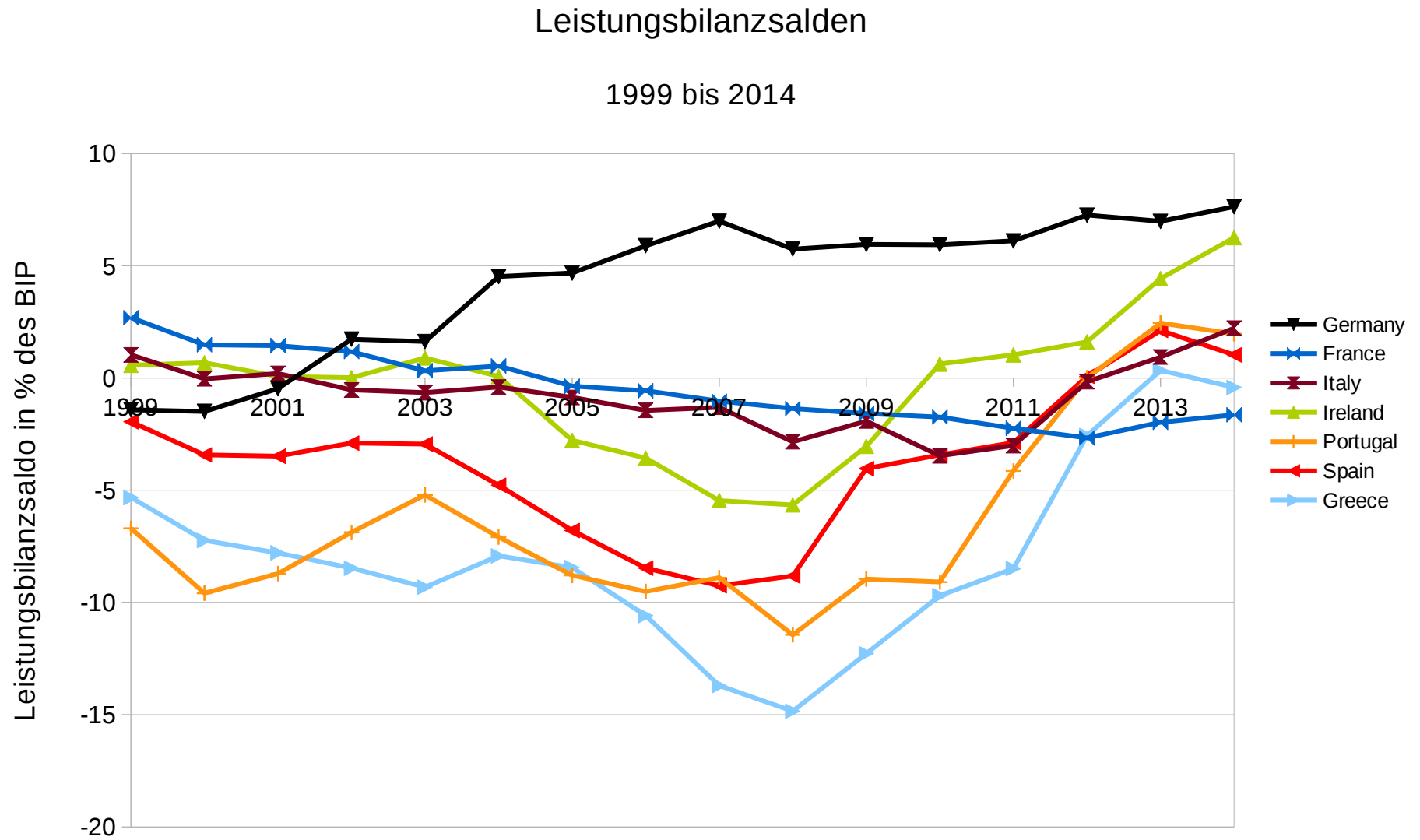


# Entwicklung von Löhnen vs. Gewinnen in Deutschland...

## Anstieg Volkseinkommen, Löhne und Gewinne seit 1999

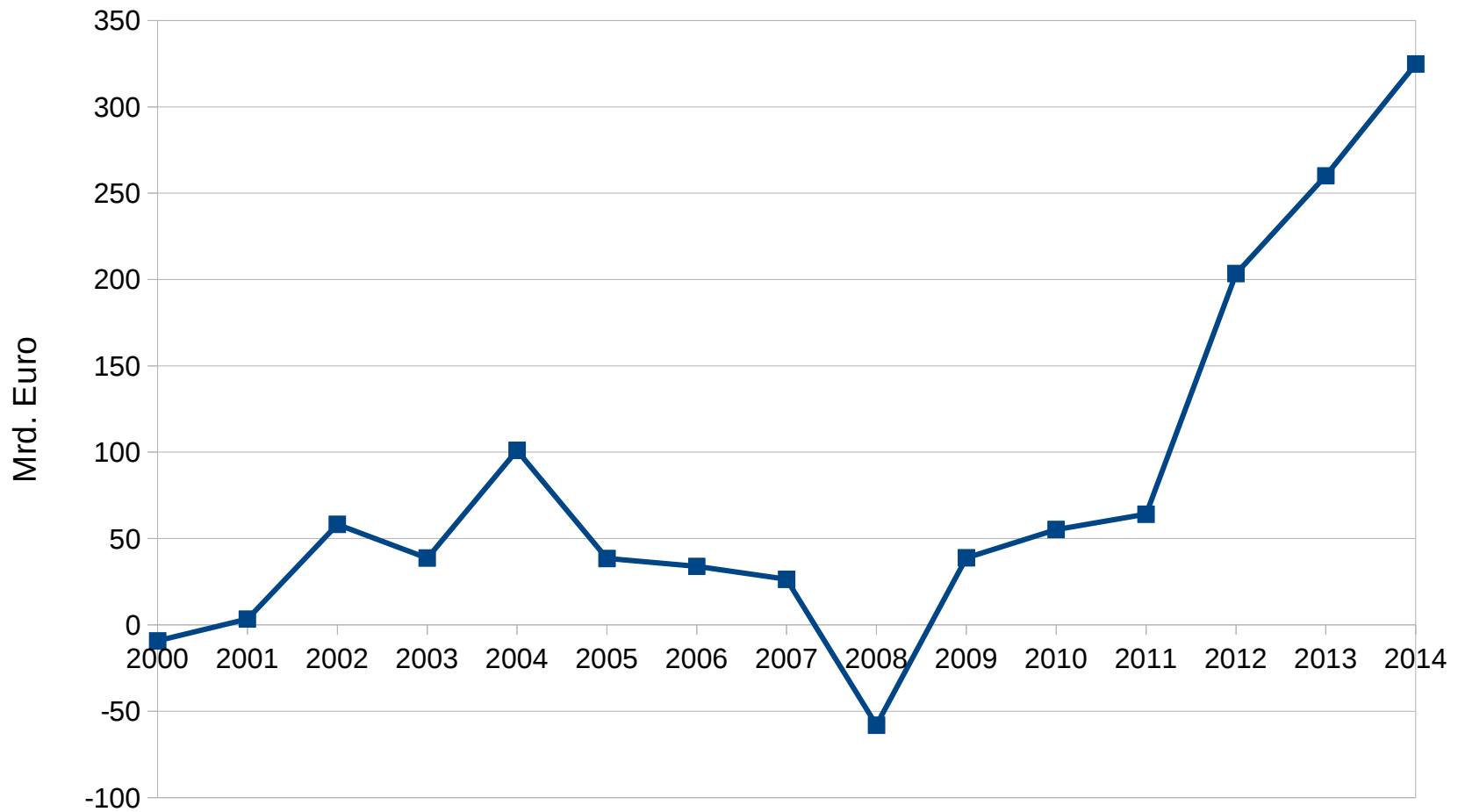


# Leistungsbilanzsalden werden einseitig korrigiert... zu hohem Preis...



# Die Eurozone zwingt Rest der Welt zur Verschuldung...

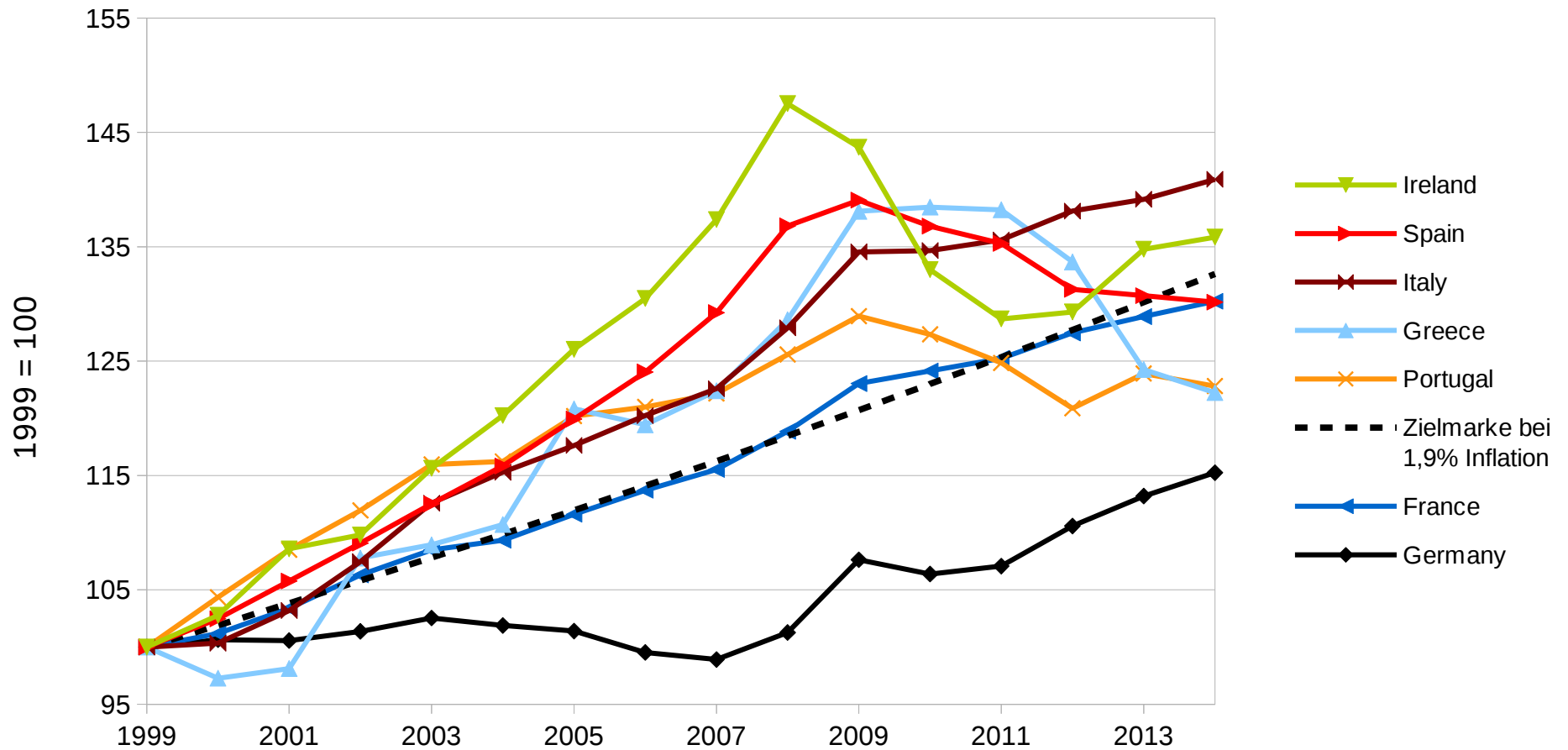
## Leistungsbilanzsaldo der Eurozone



Leistungsbilanzsalden werden einseitig korrigiert... zu hohem Preis...  
...und nur vorübergehend...

### Entwicklung nominale Lohnstückkosten

1999 bis 2014

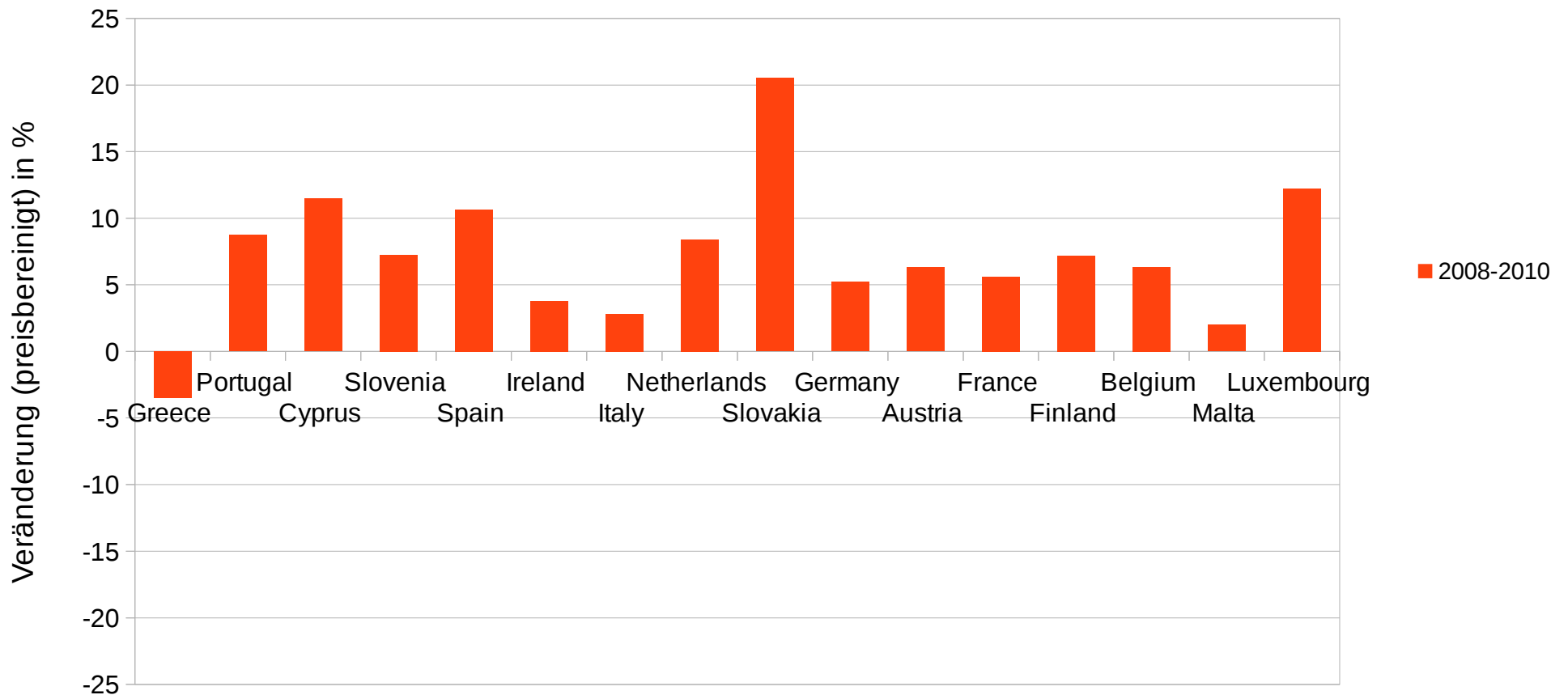




# Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

## Staatsausgaben ab Finanzkrise (Eurozone 16)

### Soziales (in bar) und Gehälter (ÖD)



## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Maßnahmen zur Lohnpolitik im Rahmen der **Memoranda of Understanding** (veranlasst durch Troika oder IWF) oder auf **EZB-Druck** (SMP-, OMT-Konditionalität):

### **Löhne/Gehälter im öffentlichen Dienst:**

- Allgemeiner Lohnstopp ab 2009/2010

Griechenland, Spanien, Portugal, Irland (2008), Zypern (2013), Rumänien, Ungarn, Lettland

- Kürzung zwischen **5% und 10%**

=> Spanien, Portugal, Irland, Italien

- Kürzung zwischen **15% und 30%**

=> Griechenland, Zypern, Rumänien, Ungarn, Lettland

- Abschaffung Sonderzahlungen

=> Spanien, Portugal, Rumänien, Ungarn

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Maßnahmen zur Lohnpolitik im Rahmen der **Memoranda of Understanding** (veranlasst durch Troika oder IWF) oder auf **EZB-Druck** (SMP-, OMT-Konditionalität):

### **Mindestlohn:**

- Einfrieren  
=> Spanien, Portugal, Rumänien, Lettland
- Kürzung  
=> Irland, Zypern, Griechenland (22%, bzw. 33%; in Tarifautonomie eingegriffen)

Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

**Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten** des Europäischen Parlaments (21.2.2014):

*„[...] Außerdem hat die Troika Artikel 151 AEUV vollständig außer Acht gelassen, in dem festgelegt wird, dass die Handlungen der Union und der Mitgliedstaaten im Einklang stehen müssen mit den sozialen Grundrechten, die in der Europäischen Sozialcharta von 1961 (der die vier Länder mit makroökonomischem Anpassungsprogramm beigetreten sind) und der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 sowie einigen der Kernübereinkommen der IAO, die von allen Mitgliedstaaten unterzeichnet wurden, festgelegt sind.“*

*(Bericht über beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets)*

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Entschießung des **Europäischen Parlaments** vom 13. März 2014 zu dem beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekten der Rolle und der Tätigkeiten der Troika (EZB, Kommission und IWF) in Bezug auf Programmländer des Euro-Währungsgebiets:

*„Das Europäische Parlament*

*[...] betont, dass die Sozialpartner auf nationaler Ebene bei der anfänglichen Konzeption der Programme hätten angehört oder einbezogen werden müssen; [...] verurteilt es, dass der Grundsatz der Kollektivvertretung untergraben wird, wodurch die automatische Verlängerung von Tarifverträgen, die in einigen Ländern wichtig ist, in Frage gestellt wird, wodurch die Anzahl geltender Tarifverträge beträchtlich zurückgegangen ist; verurteilt die Kürzung des Mindestlohns und das Einfrieren des Nominalbetrags des Mindestlohns [...]*

*[...] stellt fest, dass der Europarat die Kürzungen der öffentlichen Altersvorsorge in Griechenland bereits verurteilt hat, sie als einen Verstoß gegen Artikel 12 der Europäischen Sozialcharta von 1961 und Artikel 4 des Protokolls dazu [...] stellt fest, dass diese Doktrin, das Rentensystem auf einem zufriedenstellenden Niveau zu erhalten, um Rentnern ein menschenwürdiges Dasein zu ermöglichen, in allen vier Ländern gilt und hätte berücksichtigt werden müssen [...]*“

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Interview in der Frankfurter Rundschau vom 23.11.2012:

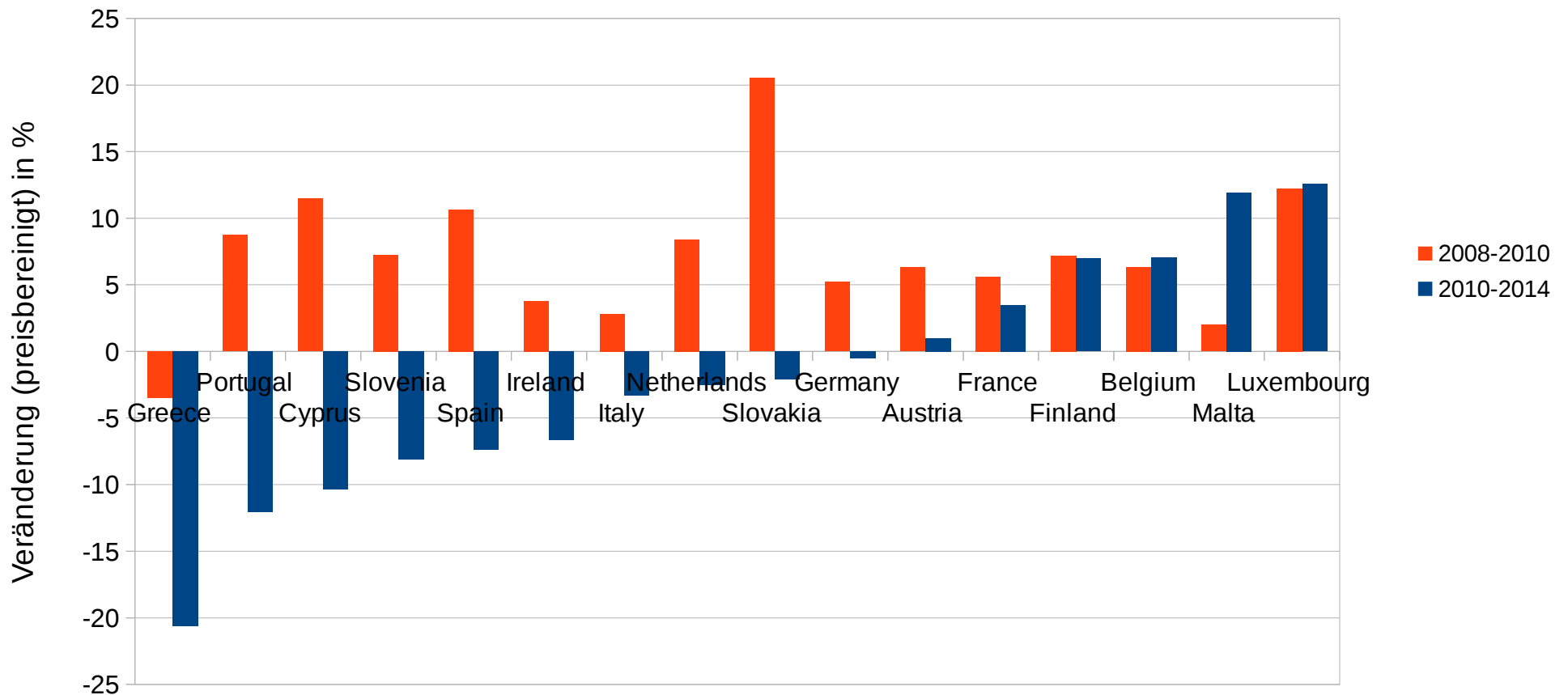
*„**Interviewer:** Aber das sind doch zwei unterschiedliche Dinge: Zum einen die Sparprogramme der Regierungen. Zum anderen Maßnahmen zur Lohnsenkung, die ein Land wieder wettbewerbsfähig machen sollen?“*

***Hans-Werner Sinn:** Das ist dasselbe: Die Sparprogramme führen zu Wirtschaftsflaute und Arbeitslosigkeit. Damit sinken die Löhne und das Preisniveau, und die Wettbewerbsfähigkeit wird wieder hergestellt. Das geht im Euro nur durch ein Tal der Tränen.“*

# Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

## Staatsausgaben (Eurozone 16)

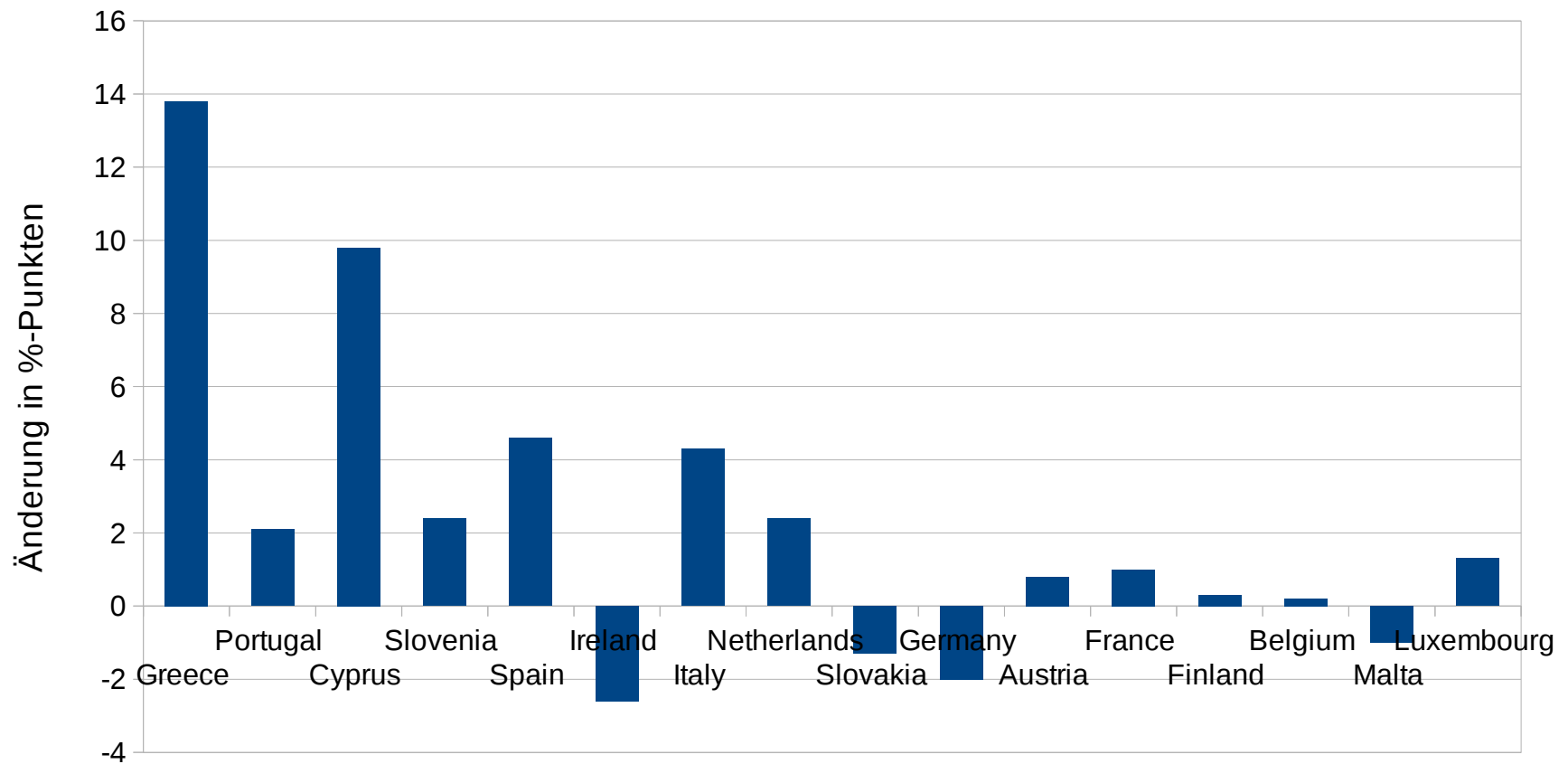
### Soziales (in bar) und Gehälter (ÖD)



# Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

## Entwicklung Arbeitslosigkeit (Eurozone 16)

2010 bis 2014

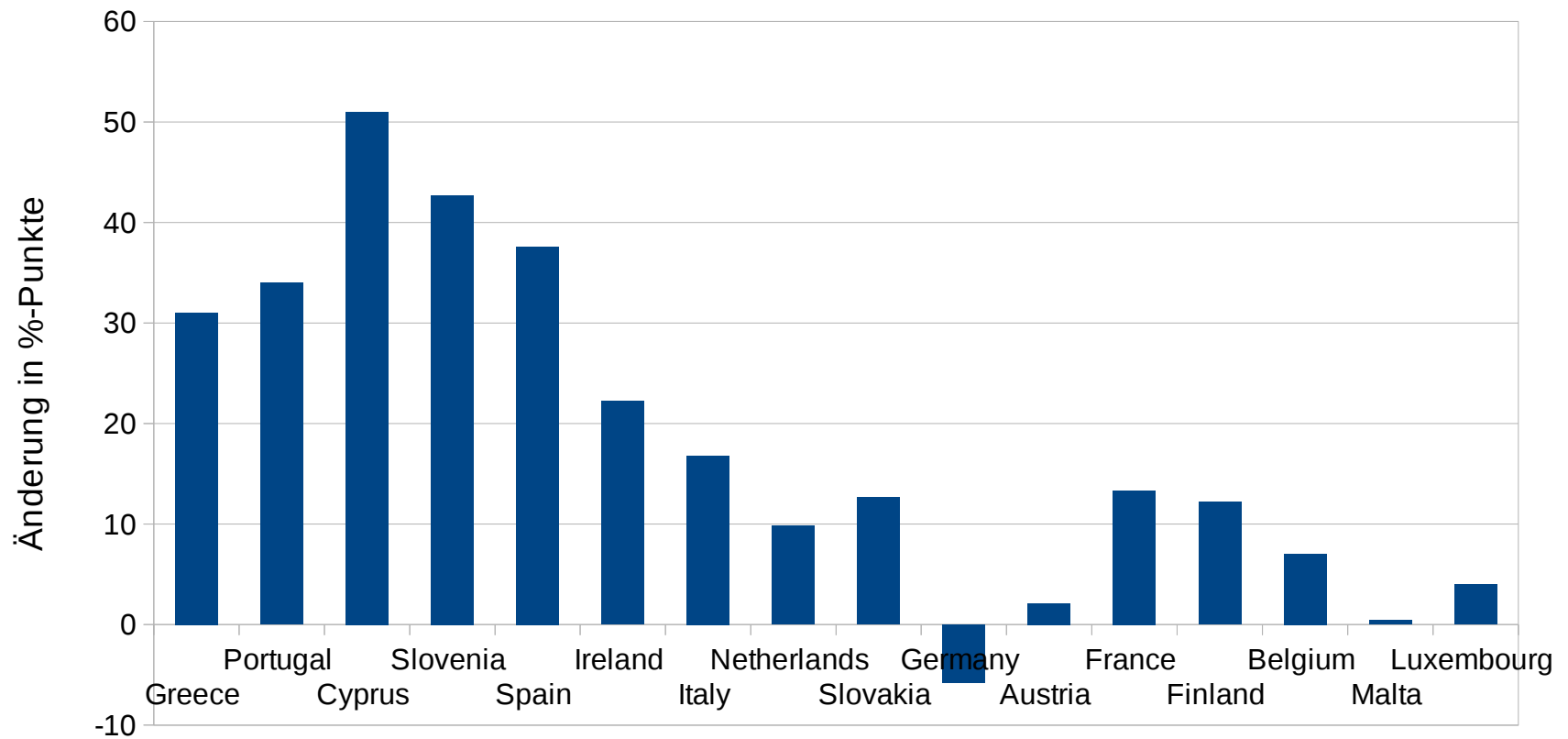




# Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

## Entwicklung Staatschulden (brutto)

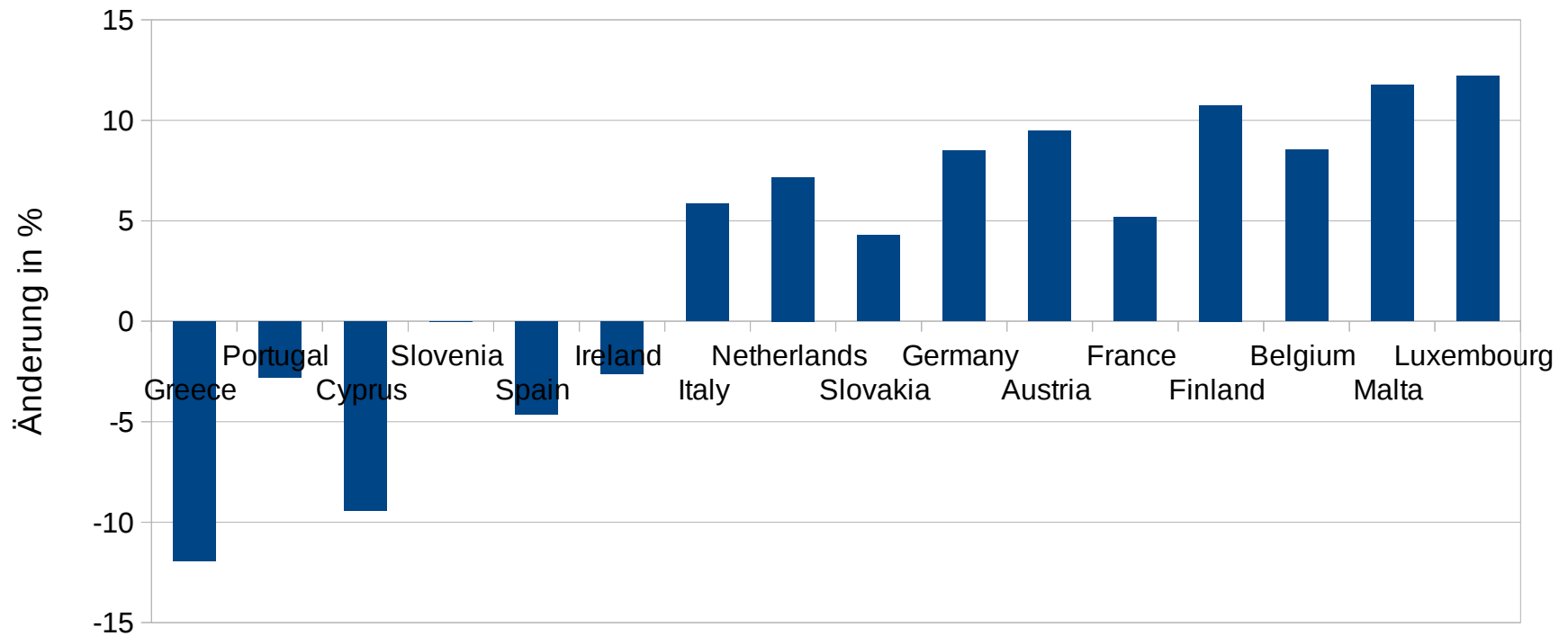
2010-2014



# Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

## Entwicklung nominale Lohnstückkosten (Eurozone 16)

2010 bis 2014



Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

### **Angela Merkel auf dem World Economic Forum (24.1.2013):**

*„[...] Natürlich lässt es sich besser sparen, natürlich lassen sich Strukturreformen besser durchführen, wenn die gesamtwirtschaftliche Lage etwas entspannter ist, wenn Wachstum da ist. Auf der anderen Seite ist die politische Erfahrung, dass für politische Strukturreformen oft Druck gebraucht wird. Zum Beispiel war auch in Deutschland die Arbeitslosigkeit auf eine Zahl von fünf Millionen Arbeitslosen angestiegen, bevor die Bereitschaft vorhanden war, Strukturreformen durchzusetzen. Meine Schlussfolgerung ist also: Wenn Europa heute in einer schwierigen Situation ist, müssen wir heute Strukturreformen durchführen, damit wir morgen besser leben können.“*

(Quelle: Bundesregierung, <http://www.bundesregierung.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Reden/2013/01/2013-01-24-merkel-davos.html>)

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

### Maßnahmen im **Tarifvertragssystem** in Südeuropa: **Ziel: Dezentralisierung des Tarifvertragssystems**

#### **Griechenland:**

- \* neuer Typ Haustarifvertrag, der vom geltenden Branchentarifvertrag nach unten abweichen kann (2010)
- \* genereller Vorrang von Haustarifverträgen, Abschaffung Günstigkeitsprinzip (2011)
- \* Haustarifverträge auch durch nicht-gewerkschaftliche AN-Gruppen verhandelbar
- \* Reduzierung Nachwirkung von Tarifverträgen auf 3 Monate

#### **Italien:**

- \* Ausweitung Öffnungsklauseln
- \* genereller Vorrang von Haustarifverträgen

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Maßnahmen im **Tarifvertragssystem** in Südeuropa:  
**Ziel: Dezentralisierung des Tarifvertragssystems**

### **Portugal:**

- \* Ausweitung von Öffnungsklauseln
- \* Beendigung „quasi-automatischer“ Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, Einführung strengerer Regeln (z.B. 50% bestehende Tarifbindung der Beschäftigten)

### **Spanien:**

- \* Ausweitung Öffnungsklauseln
- \* genereller Vorrang von Haustarifverträgen
- \* Verhandlung auch durch nicht-gewerkschaftliche AN-Gruppen
- \* Einschränkung der Nachwirkung von Tarifverträgen

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

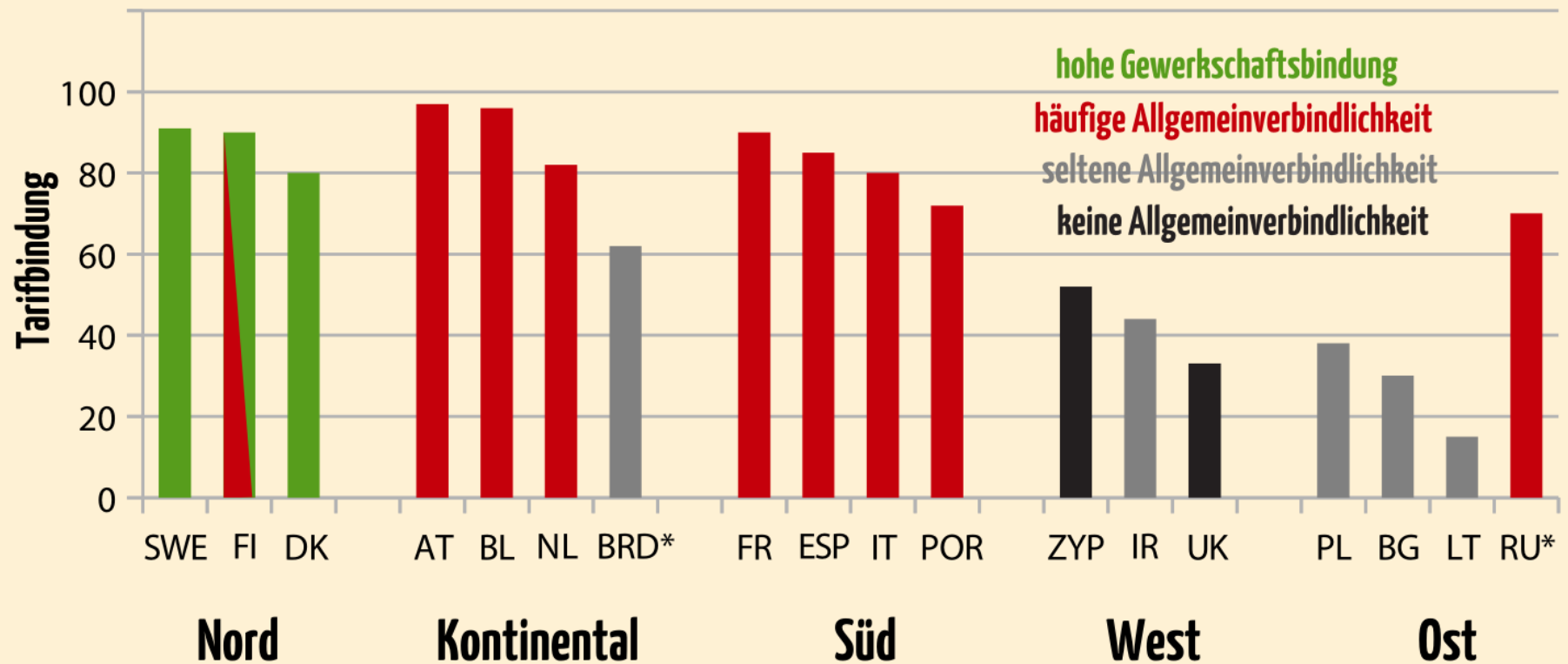
Weitere arbeitsmarktbezogene Maßnahmen in den Ländern:

- \* Heraufsetzung Überstundenobergrenzen, Kürzung der Zuschläge
- \* Flexibilisierung der Arbeitszeit
- \* Ausweitung der Befristungsgrenzen
- \* Einführung spezieller Arbeitsverträge (z.B. „Jugendvertrag“)
- \* Abbau Kündigungsschutz
- \* Abbau der Sozialpflichten des AG, Abbau der Abfindungsbeträge

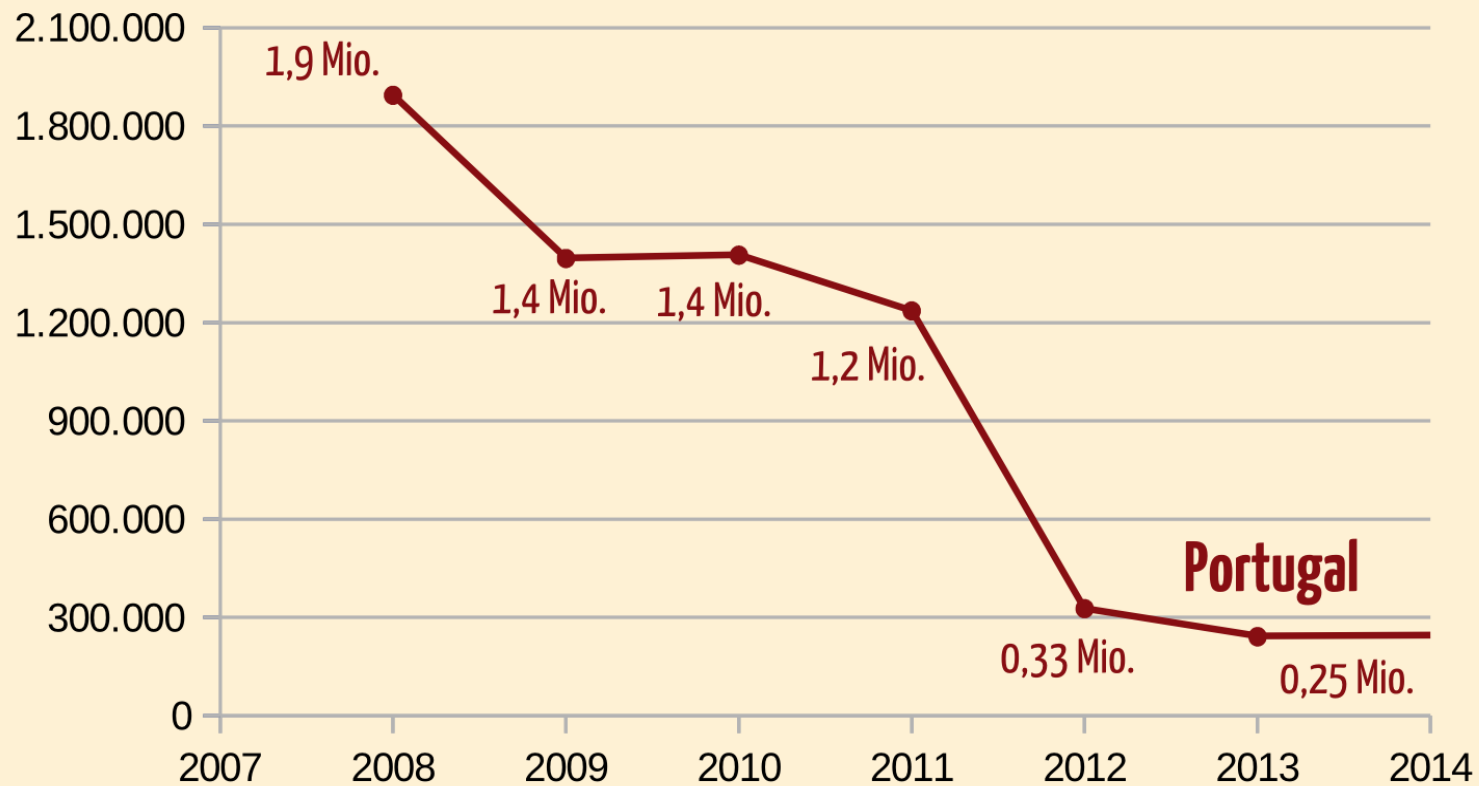
Formulierung im **Bericht der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen** („Labour Market Developments in Europe 2012“):

*„[Maßnahmen] führen zu allgemeiner **Reduzierung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften**“*

## Wie wird hohe Tarifbindung in Europa erzielt? (2007-2010)



## Entwicklung der tarifgebundenen Beschäftigung in der Krise



Quellen: Gewerkschaft UGT (2015)

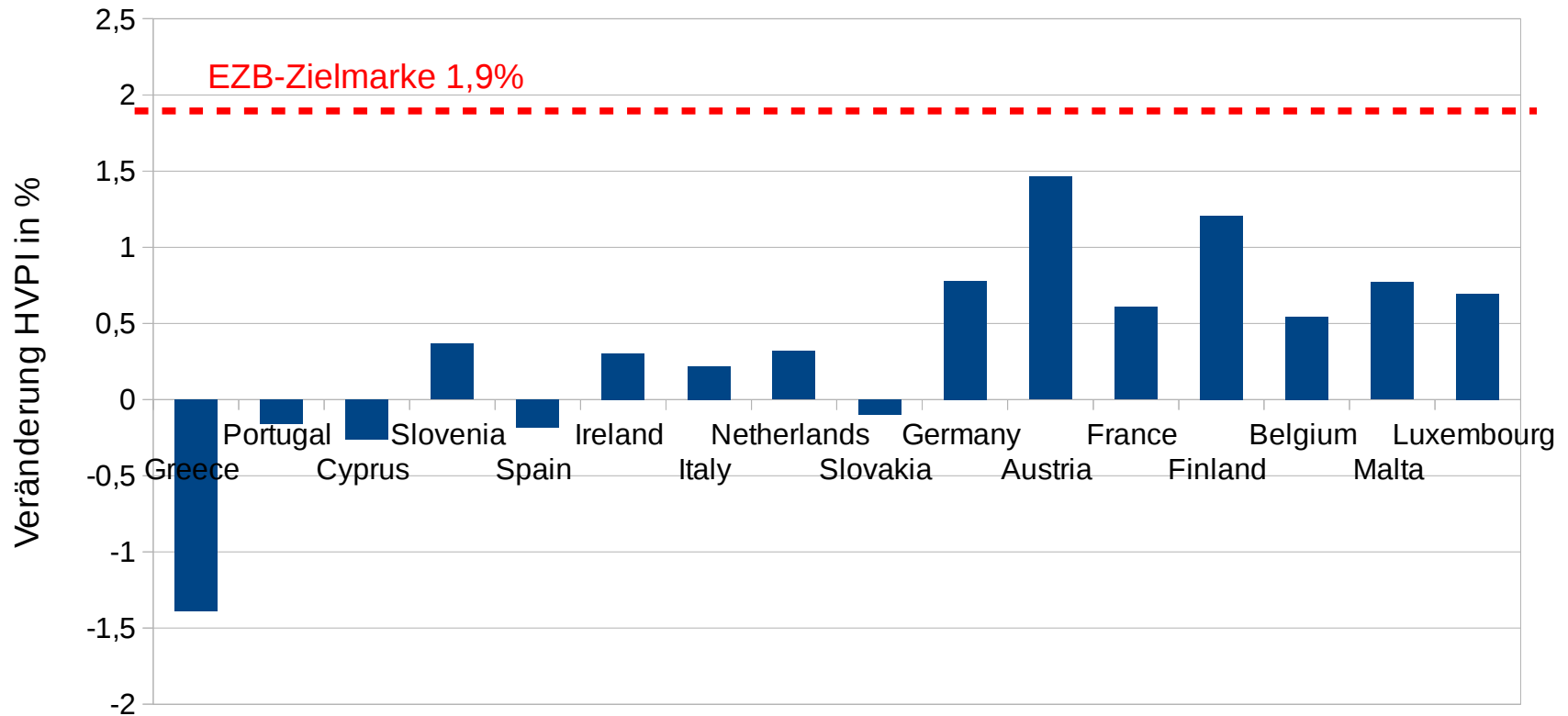


# Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Weitere Konsequenz der Austerität:

## Entwicklung der Verbraucherpreise (HVPI)

2014



## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

### Vereinbarungen und Verträge im Zuge der Eurokrise (neue „**Economic Governance**“):

#### „**Europäisches Semester**“ (2010, 1. Eurokrisenjahr)

- finanzielle und wirtschaftliche Überwachung

- jährliche Treffen:

- 1.) November jeweils: Bericht EU-Kommission zu wirtschaftlicher Entwicklung
- 2.) März Folgejahr: ECOFIN-Rat erteilt politische Empfehlungen
- 3.) April: Staaten legen „Stabilitäts- und Konvergenzprogramm“ vor (Haushaltsplanung und geplante Reformpläne)
- 4.) Juni: Auswertung und länderspezifische Empfehlungen
- 5.) zweites Jahreshälfte: Staaten setzen Empfehlungen um

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

### Vereinbarungen und Verträge im Zuge der Eurokrise (neue „**Economic Governance**“):

#### „**Euro-Plus-Pakt**“ (2011, 2. Eurokrisenjahr):

- urspr.: „Pakt für Wettbewerbsfähigkeit“
- Lohnpolitik als wichtigste Stellschraube zur Förderung der „Wettbewerbsfähigkeit“
- Prüfung von Lohnbildungsverfahren bezüglich:
  - \* Flexibilisierung Arbeitsmarkt
  - \* Senkung Sozialabgaben
  - \* Anpassung Rentensystem
- Einbeziehung in bestehende wirtschaftliche Überwachungsprogramme („Europäisches Semester“)

#### „**Sixpack**“ (2011, 2. Eurokrisenjahr):

- u.a. Verstärkung „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ („präventiv“ und „korrektiv“)
- weiterhin: zwei Verordnungen hieraus wettbewerbsbezogen: Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte
- Überwachungskriterien, u.a.:
  - \* Leistungsbilanz max. +6% / -4%                   => asymmetrisch
  - \* Auslandsvermögen, Schwelle: -35%               => asymmetrisch
  - \* Lohnstückkosten max. +9% (in 3 Jahren)       => asymmetrisch

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

### Vereinbarungen und Verträge im Zuge der Eurokrise (neue „**Economic Governance**“):

#### „**Twopack**“ (2011, 2. Eurokrisenjahr)

- aufbauend auf „Sixpack“
- Verpflichtung der Mitgliedsstaaten zur Vorlage der Haushaltsentwürfe an EU-Kommission für kommendes Jahr (**vor** parlamentarischer Verabschiedung)
- bei Finanzproblemen (= Defizitverfahren oder drohende EFSF- oder ESM-Hilfen): verstärkte Finanz- und Wirtschaftsüberwachung (Überprüfungen, vierteljährliche Berichterstattung, Verpflichtung zu Maßnahmen)

#### „**Fiskalpakt**“ (2012, 3. Eurokrisenjahr):

- zwischenstaatlich außerhalb EU-Recht
- mind. 2x im Jahr Sondergipfel Euroländer, EU-Kommission, EZB in Fragen wirtschaftspolitischer Steuerung
- nationale Verankerung Schuldenbremsen (möglichst mit Verfassungsrang)
- Verschärfung „Stabilitäts- und Wachstumspakt“ (weitere Kriterien des Schuldenabbaus)
- Strafen bis 0,1% des BIP (über EuGH)

Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Vereinbarungen und Verträge im Zuge der Eurokrise (neue „**Economic Governance**“):

**Stephan Schulmeister:**

*„Die Grundregel des Fiskalpakts und ihre Anwendung programmieren folgenden >>Teufelskreis<<, wenn ein >>Schock<< (wie etwa eine Finanzkrise) eine Rezession verursacht:*

*Schritt 1: Das BIP schrumpft, Budgetdefizit und Arbeitslosigkeit steigen.*

*Schritt 2: Die gestiegene Arbeitslosigkeit wird als >>natürlich<< oder >>strukturell<< interpretiert, damit sinkt der Potentialoutput, die Outputlücke bleibt klein.*

*Schritt 3: Das durch die Rezession erlittene Defizit wird als >>strukturelles<< Defizit uminterpretiert, es muss gespart werden.*

*Schritt 4: Die Sparpolitik dämpft das BIP => gehe zu Schritt 1“*

*(aus: Der Fiskalpakt – Hauptkomponente einer Systemkrise, 13.11.2014)*

## Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Mario Candeias, *Wider das Recht*, Studie der RLS-Stiftung, Mai 2015:

*„Die Kürzungsmaßnahmen im Rahmen der sogenannten Troika aus Europäischer Kommission, Internationalem Währungsfonds (IWF) und Europäischer Zentralbank (EZB) greifen tief in das Haushaltsrecht der Mitgliedstaaten ein, beschneiden Arbeits-, Sozial- und Streikrechte, machen direkte Vorgaben zu Lohn- und Rentenniveaus oder dem Umbau der Sozialsysteme, verordnen Privatisierungen. Mit der Durchsetzung und Überwachung dieser Austeritätsmaßnahmen [...] verstößt die Troika gegen Grund- und Menschenrechte (z. B. das Recht auf Tarifautonomie oder das Recht auf Gesundheitsversorgung) sowie – zumindest die Unionsorgane Kommission und EZB – gegen europäisches Recht. [...]*

*Das heißt: Selbst die im europäischen Recht verdichteten Handlungsräume werden nun zu eng für die Radikalisierung des neoliberalen Projekts. Nachdem die Regeln für eine strikte Austeritätspolitik europaweit auf Dauer gestellt und damit einer demokratischen Infragestellung entzogen wurden, geht es nun um eine Europäisierung der im südeuropäischen Laboratorium erprobten Strukturreformen. [...]*

*Damit manifestiert sich die letzte, autoritäre Konjunktur des Neoliberalismus als >>autoritärer Konstitutionalismus<<. Dies geht über eine postdemokratische Situation hinaus, in der formal fortbestehende demokratische Verfahren entleert werden. Hier geht es um eine offen autoritäre Setzung von Recht bei Bruch demokratischer Verfahren. [...] Der neue autoritäre Konstitutionalismus zählt weder auf Recht noch auf Zustimmung.“*

Wirtschaftspolitik seit Beginn der Finanzkrise...

Oder in den Worten Barrosos:

*„Was vor sich geht, ist eine stille Revolution, eine stille Revolution in Hinblick auf eine stärkere >Economic Governance< durch kleine Schritte.“*

(EU-Kommissionspräsident Barroso am European University Institute, Juni 2010, Übers. d. Verf.)

## **Gegenmodell: Elemente eines Europäischen Sozialmodells...**

- „1. eine makroökonomische Politik zu betreiben, die Vollbeschäftigung anstrebt*
- 2. in der Lohnpolitik Reallohnzuwächse zu ermöglichen, die den Produktivitätsfortschritt abbilden, sowie europäische Mindestlöhne durchzusetzen, die den Niedriglohnsektor zurückdrängen*
- 3. soziale Sicherungssysteme zu verankern, die in der Renten-, der Gesundheits- und der Familienpolitik sowie in der Arbeitslosenversicherung ein hohes Schutzniveau verwirklichen*
- 4. auf Unternehmens- und Betriebsebene Beteiligungsrechte vorzusehen, die den Beschäftigten ein hohes Maß an Mitbestimmung gewähren; darüber hinaus auf europäischer, nationaler und sektoraler Ebene den sozialen Dialog zu fördern*
- 5. einen starken öffentlichen Sektor vorzuhalten, der sowohl zur Verwirklichung von Dienstleistungen im allgemeinen Interesse als auch zur Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus beiträgt*
- 6. in den EU-Vertrag eine soziale Fortschrittsklausel einzubauen, die den sozialen Grundrechten auf europäischer Ebene Vorrang vor den Marktfreiheiten einräumt.“*



## Literaturgrundlage:

*Der Staat als Schuldner – Quadratur des Bösen?*, Heiner Flassbeck und Friederike Spieker, Wirtschaftsdienst 91-7, Juli 2011

*Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell*, Klaus Busch, Christoph Hermann, Karl Hinrichs und Thorsten Schulten, Studie der FES, November 2012

*The systemic crisis of the euro – true causes and effective therapies*, Heiner Flassbeck und Costas Lapavistas, Studie der RLS, Mai 2013

*Sollbruchstelle Krisenkurs*, Björn Hacker, Studie der FES, November 2013

*Erzwungene Konvergenz? - Europäische Krisenpolitik und ihre Auswirkungen für Löhne und Tarifverhandlungen*, Thorsten Schulten, Vortrag auf dem WSI-Herbstforum, November 2013  
[www.youtube.com/watch?v=qRz50tSO\\_zk](http://www.youtube.com/watch?v=qRz50tSO_zk)

*Wider das Recht*, Mario Candeias, Andreas Fisahn, Steffen Kommer, Andreas Fischer-Lescano, Lukas Oberndorfer, Studie der RLS, Mai 2014

*Der Fiskalpakt – Hauptkomponenten einer Systemkrise*, Stephan Schulmeister, blog.arbeitswirtschaft.at, November 2014

*Die Eurokrise – Warum versagt die Wissenschaft?*, Heiner Flassbeck, Vortrag auf dem Forum „Finanzkrisen und Geldsystem“ des Netzwerks Plurale Ökonomik, Juli 2015  
<https://www.youtube.com/watch?v=guVuUZZFPpQ>